



- Lohnt sich ein Wechsel der Kfz-Versicherung?
- Hartz-IV-Regelsätze ab 1. Januar 2013 im Detail
- Das neue Bürgerkonto

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 21. November 2012

67. Jahrgang/Nr. 272 • Berlinausgabe 1,60 €

STANDPUNKT

Mit Hamas reden

Von Jürgen Reents

Der Beschluss Israels aus dem Gaza-Streifen sei durch nichts zu rechtfertigen, ließ Bundeskanzlerin Merkel nach einer Woche neuem Krieg im Nahen Osten wissen. Sie hat Recht. Dass aber auch der israelische Beschluss von Gaza durch nichts zu rechtfertigen sei, auf diese Äußerung wartet man bislang vergeblich. Die Bundesregierung ist mit ihrer einseitigen Verurteilung in Richtung der Palästinenser, mit ihrer ausdrücklichen Unterstützung der israelischen »Verteidigung« (dieser sprachlichen Verhüllung von über tausend Bomben) Akteur im Krieg, nicht Akteur für dessen Beendigung.

Solange den Palästinensern ein eigener Staat vorenthalten wird, mag es immer wieder Kriegspausen geben, aber kein Kriegsende; immer wieder Waffenstillstände, aber keinen Frieden. Das ist die Wahrheit, zu der die israelische Regierung gedrängt werden muss und der sich auch die deutsche Politik stellen müsste, praktisch, nicht nur mit hohlen Reden. Der UN-Teilungsplan, der einen jüdischen und einen arabischen Staat in Palästina vorsah, wird in wenigen Tagen 65 Jahre alt. Es sind 65 Jahre israelischer Verweigerung, arabischer Fehlkalkulation und des Versagens internationaler Diplomatie mit wiederkehrend mörderischem Ausgang, für Juden wie Araber. Und es sind 65 Jahre, in denen Zorn gesät wurde, der die radikale Hamas entstehen ließ und ihr bei Wahlen eine Mehrheit bescherte. Man hat den Feind gezüchtet. Nun gilt: Man muss mit ihm reden – über zwei Staaten, die Frieden schließen.

Unten links

»Die Wirklichkeit, von der wir sprechen können, ist nie die Wirklichkeit an sich«, hat der Physiker Heisenberg einmal gesagt. Zum Beispiel vor dem Landgericht Aachen, wo sich jetzt ein vermeintlich toter Serienbetrüger verantworten musste, der einen gefälschten Totenschein fabrizierte, um einer echten Haftstrafe zu entgehen. Zudem ließ er seine erfundene Ehefrau sterben, um an Geld zu gelangen. Aufgeflogen war der Mann, als er für ein fiktives und bei einem imaginären Unfall verletztes Mädchen echtes Geld von der Versicherung kassieren wollte. Denkbar ist freilich auch, dass es sich bei der Assekuranz in Wahrheit um eine Bestattungsfirma handelt, die Identitäten von Verstorbenen an lebende Serienbetrüger vermittelt, welche damit die Illusion einer Wirklichkeit aufrecht erhalten, von der kein Aachener Richter etwas weiß. Wenn es sich bei dem Gericht nicht ohnehin um eine Erfindung des Gauners handelt, der sich bloß Prozesskostenhilfe erschleichen wollte. Heisenberg, übernehmen Sie! tos

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise Tschechien 65/75 CZK
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



Sanktionsflut im Jobcenter

Erstmals über eine Million Hartz-Strafen gegen Erwerbslose in zwölf Monaten



Berlin (nd). Die Jobcenter haben erstmals seit Inkrafttreten der Hartz-Reform innerhalb eines Jahres über eine Million Sanktionen gegen Empfänger des Arbeitslosengeldes II verhängt. Im Schnitt strichen die Behörden den Betroffenen die staatlichen Leistungen dabei um 116 Euro – meist wegen sogenannter Meldevergehen, also versäumter Termine beim Arbeitsamt.

Sozialverbände, Arbeitslosenorganisationen und Teile der Opposition haben mit scharfer Kritik reagiert. Der Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, Wolfgang Stadler, forderte ein

»Ende der Sanktionsflut«. Die Vorsitzende der Linkspartei, Katja Kipping, wies gegenüber dem »nd« darauf hin, dass die Strafen zunehmen, während die Erwerbslosenzahlen sinken. Das könne »nur heißen, dass die Jobcenter immer erbarmungsloser gegen die Leute vorgehen«, so Kipping. Der Bundestag müsse deshalb »prüfen, ob die Angestellten der Jobcenter durch Druck und interne Anreizsysteme von oben dazu gezwungen werden, immer mehr Sanktionen zu verhängen«.

Die Bundesagentur für Arbeit hat den Anstieg der Hartz-Strafen mit dem Hinweis er-

klärt, die Vermittler würden »inzwischen ihre Kunden besser« kennen und »professioneller« arbeiten. Auch die FDP wertete den Rekordstand bei den Sanktionen als »Beweis für Erfolge auf dem Arbeitsmarkt«. Für Martin Behring vom Erwerbslosen Forum Deutschland handelt es sich hingegen um »blinde Sanktionswut« – die »sogar Schwangere im siebten Monat« treffe, die »noch einen Ein-Euro-Job anfangen sollen, weil den Jobcentern nichts Sinnvolleres einfällt«.

Seite 5

Foto: dpa/Arno Burgi

Nahost einer Waffenruhe näher

Vielfältige diplomatische Aktivitäten zwischen Jerusalem und Kairo

Von Oliver Eberhardt, Jerusalem

Die Bemühungen um eine Waffenruhe zwischen der Hamas und Israel schienen gestern von Erfolg gekrönt: Um 23 Uhr sollte ein vereinbarter Waffenstillstand in Kraft treten. Die Nahostpolitik der Bundesregierung, deren Außenminister geschäftig in der Region pendelte, wurde von den Palästinensern als einseitig kritisiert.

Am Dienstagnachmittag heulten in Jerusalem erneut die Sirenen; die Rakete schlug allerdings zwischen der Siedlung Gusch Etzion im Westjordanland und palästinensischen Dörfern ein. Im Gaza-Streifen und in den israelischen Kommunen in der Nachbarschaft gingen die Kampfhandlungen derweil ununterbrochen weiter: Israels Luftwaffe flog über 100 Angriffe auf Ziele in der Küs-

tenregion; getroffen wurde unter anderem eine Bank, die der Hamas zugerechnet wird. Palästinensische Kämpfer feuerten weiterhin Raketen ab. Auf der palästinensischen Seite verloren nach Angaben des palästinensischen Roten Halbmondes seit Beginn des Krieges 118 Menschen ihr Leben; auf der israelischen Seite starben im gleichen Zeitraum drei Personen.

Am Nachmittag wurden aus Helikoptern Flugblätter abgeworfen, in denen die Bewohner der Außenbezirke von Gaza aufgefordert wurden, ihre Häuser zu verlassen und sich im Stadtzentrum zu sammeln – ein Anzeichen dafür, dass eine Bodenoffensive bevorsteht, falls die Bemühungen um eine Waffenruhe scheitern.

Die hebräische Online-Ausgabe der Zeitung »Haaretz« zi-

tierte einen namentlich nicht genannten Mitarbeiter von Premierminister Benjamin Netanyahu, der heutige Mittwoch werde der »Tag der Entscheidung«: Entweder werde die Regierung einen Waffenstillstand unterzeichnen oder den Einmarsch in Gaza anordnen.

Den ganzen Mittwoch über liefen die internationalen Bemühungen um eine Waffenruhe auf Hochtouren: UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon und Bundesaußenminister Guido Westerwelle trafen sich mit israelischen Vertretern, während Ägyptens Regierung versuchte, in Kairo zwischen Unterhändlern der Hamas und Israels zu vermitteln. Die ägyptische Nachrichtenagentur MENA berichtete, Präsident Mohammad Mursi habe erklärt, die »Farce der israelischen Aggression« werde noch am Dienstag enden.

Hamas-Sprecher Ayman Taha erklärte am Nachmittag gegenüber »nd«, um 23 Uhr MEZ solle ein Waffenstilland beginnen, der auch einen Verzicht Israels auf gezielte Tötungen beinhalte.

Westerwelle reiste unterdessen weiter nach Kairo; israelische Medien spekulierten, Israels Regierung habe ihm eine Nachricht für die Hamas mitgegeben. Doch die Nahostpolitik der Bundesregierung gerät bei den Palästinensern zunehmend in die Kritik. Bundeskanzlerin Angela Merkel sehe »zwar ein Recht Israels zu agieren, aber offensichtlich sieht sie nicht die Bilder aus dem Gaza-Streifen«, sagte Abdallah Frangi, Berater von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas, der Düsseldorfer »Rheinischen Post«: »Wenn man so einseitig pro-israelisch handelt, bleibt der Einfluss gering.«

Angestellte der Kirchen dürfen streiken

Ver.di und Marburger Bund begrüßen Gerichtsurteil

Berlin (nd-Poelchau). Kirchliche Einrichtungen sind keine streikfreien Räume. Das entschied das Bundesarbeitsgericht (BAG) am Dienstag in Erfurt in zwei Urteilen. Geklagt hatten mehrere evangelische Landeskirchen und deren diakonische Einrichtungen gegen die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und die Ärztevereinigung Marburger Bund. Das Gericht urteilte nun zu Gunsten der Arbeitnehmervertreter, die die Entscheidung der Richter begrüßten.

Der Grund für die Auseinandersetzung vor dem Kadi waren im Fall von ver.di Arbeitsniederlegungen in mehreren diakonischen Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen im Jahr 2009. In Bezug auf den Marburger Bund klagten die kirchlichen Institutionen wegen eines vorab genehmigten Streiks in einem Hamburger Krankenhaus. Die christlichen Kläger beriefen sich auf ihr kirchliches Selbstbestimmungsrecht, das sie durch einen Arbeitskampf verletzt sahen. Sie beharrten auf ihrem sogenannten Dritten Weg, bei dem sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber einvernehmlich auf Löhne und Arbeitsbedingungen einigen, so dass aus Sicht der Arbeitgeber ein Arbeitskampf ausgeschlossen sei. Die Gewerkschaften verwiesen auf ihre im Grundgesetz geschützte Koalitionsfreiheit.

»Damit ist das von der Diakonie beantragte Streikverbot vom Tisch«, kommentierte der ver.di-Vorsitzende Franz Bsirske das Urteil. Arbeitnehmer und ver.di könnten sich auf die Koalitionsfreiheit und damit auf das Streikrecht berufen, weil der Dritte Weg unzureichend sei. Auch der Konfessionslosensverband befürwortete das Urteil. »Es schafft ein nicht mehr zu rechtfertigendes Kirchenprivileg ab«, sagte ihr Verbandsprecher Rainer Ponitka. Allerdings würden den Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen durch Ausnahmen im Betriebsverfassungs- und im Gleichbehandlungsgesetz weitere Grundrechte vorenthalten.

Seite 2

KURZ

Kandt wird Polizeipräsident

Berlin (dpa). Die fast zweijährige Suche nach Berlins neuem Polizeipräsidenten ist beendet: Der bisherige Leiter der Bundespolizeidirektion Berlin, Klaus Kandt, soll die größte Landespolizei in Deutschland führen. Seite 9

Generalstreik in Argentinien

Buenos Aires (dpa). Mit einem Generalstreik haben argentinische Gewerkschaften eine Steuersenkung gefordert. Der Nahverkehr war größtenteils gelähmt, viele Hauptstraßen in Buenos Aires wurden von Streikposten gesperrt. Die Gewerkschaftszentralen CGT und CTA protestieren gegen die hohe Steuerbelastung der Gehälter, die ab 5800 Pesos (knapp 1000 Euro) mit einer Einkommenssteuer von bis zu 25 Prozent belegt werden.

Zehn Jahre Haft für Sanader

Zagreb (AFP). Der frühere kroatische Ministerpräsident (2003-2009) Ivo Sanader ist am Dienstag von einem Gericht in Zagreb wegen Korruption zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Der Richter sah es als erwiesen an, dass der 59-Jährige mehr als zehn Millionen Euro Schmiergeld vom ungarischen Energiekonzern MOL und der österreichischen Bank Hypo Group Alpe Adria erhalten hat.

Hauchdünner Sieg für Copé

Paris (dpa). Jean-François Copé hat den Machtkampf um die Führung der größten französischen Oppositionspartei UMP für sich entschieden. Er tritt damit die Nachfolge von Nicolas Sarkozy an. Zur Person Seite 4